

1. Butterwegge tritt gegen Steinmeier an

Die Linkspartei hat den Armutsforscher Christoph Butterwegge als ihren Kandidaten für die Bundespräsidentenwahl nominiert. Die Partei- und Fraktionsvorsitzenden gaben die Entscheidung nach einer Sitzung in Berlin bekannt.

Die Partei Die Linke schickt den Armutsforscher Christoph Butterwegge als Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten ins Rennen. In der Bundesversammlung, die am 12. Februar 2017 den Nachfolger von Joachim Gauck wählt, wird der 65-jährige Wissenschaftler damit gegen Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier antreten, den CDU, CSU und SPD nominiert haben.

Der Politikwissenschaftler sei eine „hervorragende Alternative“ zum Koalitionskandidaten Steinmeier, betonte Fraktionschef Dietmar Bartsch. Seinen Angaben zufolge fiel der Entschluss in der Fraktionssitzung einstimmig. Fraktionschefin Sahra Wagenknecht sagte, Steinmeier stehe für ein „Weiter so“ der Großen Koalition, zu dem ihre Partei eine Alternative bieten wolle. Parteichef Bernd Riexinger fügte hinzu, seine Partei hätte sich einen Kandidaten von SPD, Grünen und Linken gewünscht. Steinmeier sei aber kein Angebot an die Linke gewesen, sondern eines an die Union.

Butterwegge hingegen stehe für Friedensliebe, Weltoffenheit und soziale Gerechtigkeit.

Quelle: [Tagesschau](#)

***Anmerkung JK:** Realistisch hat Christoph Butterwegge keine Chance gegen das neoliberale Parteienkartell aus CDU/CSU, SPD und Grüne. Allerdings ist die Nominierung durch die LINKE ein guter politischer Schachzug, hat man mit Christoph Butterwegge doch einen dezidierten Gegner der Agenda 2010 gegen Steinmeier als deren wesentlichen Architekten aufgestellt. Damit ist das übliche Geleier, das kommen wird, dass Steinmeier der Bundespräsident aller sein wolle, sofort als Lüge entlarvt, da Steinmeier einer der politischen Hauptverantwortlichen für die Spaltung der Gesellschaft ist.*

Dazu: **Beweggründe für meine Bewerbung um das Bundespräsidentenamt**

Mit meiner Kandidatur möchte ich die Öffentlichkeit für soziale Probleme sensibilisieren, denn obwohl die Gesellschaft immer stärker auseinanderfällt, nimmt das Establishment diesen Polarisierungsprozess nicht oder falsch wahr. Außerdem möchte ich der weiteren Zerstörung des Wohlfahrtsstaates durch neoliberale Reformen entgegenzutreten – gerade wird die Privatisierung der Autobahnen und damit ein neuerlicher Höhepunkt der Ökonomisierung und Kommerzialisierung aller Lebensbereiche vorbereitet – sowie jenen Teilen der Bevölkerung eine politische Stimme geben, die immer stärker ausgegrenzt werden.

Seit geraumer Zeit zerfällt unsere Gesellschaft stärker in Arm und Reich, weil die soziale Ungleichheit hinsichtlich der Einkommen und Vermögen enorm zugenommen hat. Während das reichste Geschwisterpaar der Bundesrepublik, Stefan Quandt und Susanne Klatten, im Frühsommer 2016 für das Vorjahr eine Rekorddividende in Höhe von 994,7 Millionen Euro nur aus ihren BMW-Aktien bezog, lebten fast zwei Millionen Kinder und Jugendliche in landläufig als „Hartz-IV-Familien“ bezeichneten SGB-II-Bedarfsgemeinschaften und mussten je nach Alter mit 237, 270 bzw. 306 Euro im Monat (plus Miet- und Heizkosten) auskommen. Mehrere hunderttausend alleinerziehende Mütter im Arbeitslosengeld-II-Bezug sind froh, wenn sie am 20. des Monats noch etwas Warmes auf den Tisch bringen.

Trotzdem vernimmt man im Kampf gegen die Armut von den etablierten Parteien und deren Spitzenpolitikern hauptsächlich Lippenbekenntnisse.

Obwohl das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes den Bund zur Armutsbekämpfung verpflichtet, hat keine Regierung die Armut bisher als Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt erkannt und ihr konsequent entgegengewirkt. So beschloss die Große Koalition vor Kurzem, den Hartz-IV-Regelbedarf der Kinder unter 6 Jahren im nächsten Jahr nicht zu erhöhen. CDU, CSU und SPD verschließen die Augen vor dem selbst mitverschuldeten Problem einer wachsenden Armut, wie ihr „Deutschlands Zukunft gestalten“ überschriebener Koalitionsvertrag für die laufende Legislaturperiode zeigt. Dort kommen das Wort „Reichtum“ nur als „Ideenreichtum“ bzw. als „Naturreichtum“ und der Begriff „Vermögen“ nur als „Durchhaltevermögen“ bzw. im Zusammenhang mit der Vermögensabschöpfung bei Kriminellen vor.

Quelle: [Christoph Butterwegge für Die LINKE](#)
